

REZENSIONEN

Iris Mendel

WiderStandPunkte. Umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften

CLAUDIA BRUNNER

Das Epistem(olog)ische ist politisch und Politik ist immer auch epistem(olog)isch relevant. Diese Leitlinie kritischer (Sozial)Wissenschaft verknüpft *Iris Mendel* mit der feministischen, der zufolge das Private politisch und dieses wiederum transnational ist. In fünf sehr gut lesbaren Kapiteln geht es um die Frage, ob und wie feministische Wissensproduktion zur Überwindung von sozialer Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit beitragen kann. Das Buch ist ein Plädoyer dafür, dass dies notwendig und möglich ist. Dies ist keine neue oder revolutionäre These, doch die an der Universität Wien verortete Soziologin und Philosophin macht plausibel, dass Veränderungen im Bereich von Methodologie und Epistemologie sehr langwierige Prozesse sind, weshalb das Nötige auch immer wieder gesagt, geschrieben und getan werden muss. Dazu holt die Autorin weit aus und veranschaulicht Schritt für Schritt nicht nur Zusammenhänge zwischen kritischer Sozialwissenschaft und feministischen Perspektiven sondern auch zwischen diesen und den jeweiligen politischen Prozessen, deren Voraussetzung und Konsequenz sie sind. Frauenbewegungen und soziale Bewegungen überhaupt stellen ein wesentliches Element der Weiterentwicklung kritischer (Sozial)Wissenschaft dar, denn letztere kann ein Motor für die Reduktion sozialer Ungleichheiten sein, wenn sie einen *social (re)turn* unternimmt, also wieder stärker zu den materiellen Voraussetzungen und Konsequenzen dieser Ungleichheiten zurückkehrt, so Mendel.

Im ersten Kapitel wird der Zusammenhang von Politik und Epistemologie dargelegt und in seiner historischen Entwicklung erklärt, um den eigenen Ansatz einer feministischen Relektüre kritischer Epistemologie und einer epistemologischen Relektüre feministischer Kritik zu verorten. Darauf folgt im zweiten Kapitel eine Erörterung der Frage, was denn an feministischer Wissenschaftskritik das Label „kritisch“ verdiene. Feministische Epistemologien werden entlang des Begriffs des situierten Wissens, das aus sozialen Kämpfen resultiert, als transdisziplinäres und transformatives Projekt der Wissenschafts- und Gesellschaftskritik eingeführt. Im dritten Kapitel des Buches bezieht Mendel auf Theorien des Alltags, der für sie Schnittstelle zwischen situiertem Wissen und gesellschaftlicher Veränderung ist, und leitet dann, ein wenig unvermittelt, zur Dimension der Transnationalität des Persönlichen

und damit auch des Politischen über. Doch bevor diese der Autorin am wichtigsten erscheinende Dimension näher beleuchtet wird, erfolgt mit Kapitel vier ein bedeutender Einschub über die Frage nach dem Subjekt von Kritik und Veränderung, und nach der Zielgruppe eben dieser: Für wen genau ist eine Sozialwissenschaft gedacht, die als Wissenschaft für Menschen gesellschaftspolitisch wirksam werden will? Schließlich kommt Mendel auf den Kern ihres Arguments zurück, nämlich auf die dringliche Notwendigkeit einer transnationalen feministischen Wissenschaftskritik, die an dieser Stelle additiv und nicht so vertieft wie die ersten drei Kapitel wirkt. Im Hinblick auf den eingangs formulierten eigenen Anspruch ist dies daher nicht ganz überzeugend.

Das Buch mit dem kreativen und klug begründeten Titel „WiderStandPunkte“ könnte auch „WiederStandPunkte“ heißen, denn Mendel greift zahlreiche feministische und wissenschaftskritische Traditionen auf, die man bereits aus anderen Zusammenhängen kennt, an deren wissenschaftliche und politische Relevanz jedoch immer wieder von Neuem erinnert werden muss. Dies gelingt dem gut strukturierten und seinen voraussetzungsreichen Inhalten zum Trotz sehr gut lesbaren Buch ausgezeichnet. Es eignet sich hervorragend als Einführungs- und Lehrbuch in feministische Wissenschaftskritik, vor allem für (angehende) Sozialwissenschaftler_innen. Wer in der Thematik schon länger „zuhause“ ist, wird jedoch einen noch klarer konturierten eigenständigen Beitrag vermissen.

Mendel legt ein klares Plädoyer nicht nur für kritische, sondern auch für explizit feministische Sozialwissenschaft ab, die immer zugleich Erkenntnis- und Gesellschaftskritik zu sein habe. Diesem Plädoyer ist als Rezensentin der *Femina Politica* unumwunden zuzustimmen, doch wäre es darüber hinaus wünschenswert gewesen, mehr an neuen Thesen, mehr an provokantem und utopischem Ausblick zu wagen. Wie epistemische Verantwortung und solidarische Wissensproduktion – zwei für Mendel zentrale Aspekte feministischer Wissenschaftskritik – konkret aussehen sollen, das müssen wir wohl in unseren eigenen zukünftigen Arbeiten und Kontexten weiter ausbuchstabieren. Anregungen dafür finden sich in dem Buch.

Iris Mendel, 2015: *WiderStandPunkte. Umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 234 S., ISBN 978-3-89691-723-2.

María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan

Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung

MICHELLE PFEIFER

Die zweite, komplett überarbeitete und erweiterte Auflage von „Postkoloniale Theorie“ von *María do Mar Castro Varela* und *Nikita Dhawan* ist, wie die Autorinnen eingangs vermerken, angetrieben von der Frage der Relevanz eines einführenden deutschsprachigen Werkes postkolonialer Theorie, nachdem diese nun bereits seit 40 Jahren international bearbeitet wird und auch in der deutschsprachigen Wissenschaft zunehmend Beachtung findet. Mit dem Buch weisen die Autorinnen auch die oftmals geäußerte Ansicht zurück, dass Deutschland nur kurze Zeit Kolonialmacht war und daher eine Auseinandersetzung mit postkolonialer Theorie unnötig sei. Der Einführungsband dient als ein umfassender und relevanter Werkzeugsatz der postkolonialen Theorie, um aktuelle politische Entwicklungen in Deutschland zu analysieren und kritisch zu betrachten. So macht die Lektüre deutlich, dass es sich beispielsweise im Bau des Humboldt-Forums in Berlin, in welchem die ethnologische Sammlung des Museums Dahlem ausgestellt werden soll, um eine Fortsetzung der Bereicherung aus der Beutekunst deutscher kolonialer Projekte handelt, die eine postkoloniale Kritik erforderlich macht. Ebenso ist postkoloniale Theorie angesichts der aktuellen rassistischen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland relevant, da viele geflüchtete Aktivist_innen häufig auf die koloniale und neokoloniale Ausbeutung ihrer Herkunftsländer verweisen, um ihre Flucht zu begründen und europäischen Staaten ihre Verantwortung aufzuzeigen. Eine deutschsprachige Einführung in die postkoloniale Theorie erleichtert es, die Verbindungen zwischen diesen aktuellen Ereignissen und postkolonialen Studien sichtbar zu machen.

Analog zur ersten, betrachtet auch die zweite Auflage von *Postkoloniale Theorie* eingehend die Werke von Edward Said, Gayatri Chakravorty Spivak und Homi Bhaba, die sogenannte *holy trinity* der postkolonialen Theorie. Durch eine Ergänzung von Diskussionen neuerer Werke von Bhaba und Spivak werden zeitgenössische Entwicklungen der postkolonialen Theorie aufgezeigt und kritisch betrachtet.

Das Buch beginnt mit einer umfassenden Einordnung der postkolonialen Theorie in das Feld der Kolonialismus-Forschung, antikolonialer Bewegungen, westlicher Wissensproduktion und Gesellschaftstheorien. Der Umfang dieser Einleitung erlaubt es den Autorinnen, auch konkret auf die Kritik an postkolonialer Theorie einzugehen, welche beispielsweise häufig von marxistischen Autor_innen geübt wird. Diese bemängeln die Vernachlässigung des antikolonialen Widerstandes in postkolonialen Studien und fehlende Analysen ökonomischer Strukturen. Castro Varela und Dhawan gelingt allerdings nicht nur eine Betrachtung dieser Kritiken, sondern auch eine Synthese, indem sie darlegen „warum postkoloniale Theorie ohne die marxistische Analyse antikolonialer Kämpfe nicht möglich ist“ (43). So haben sich

Widerstandsbewegungen und antikoloniale Schriftsteller_innen auch immer westlicher Ideen bedient, sich diese angeeignet und eigene Konzeptionen von Freiheit und Menschlichkeit entworfen.

Von der Kritik des „häufige(n) Ausblenden(s) der Geschlechterfrage“ und des „Ignorieren(s) der kolonialen, präkolonialen und postkolonialen Heteronormativität in den Kolonien als auch in den Metropolen“ (300) ausgehend, zeigen Castro Varela und Dhawan die Notwendigkeit einer feministischen postkolonialen Kritik auf. Beispielsweise werden über Männlichkeit, Heteronormativität und Sexismus im Imperialismus und im antikolonialen Nationalismus Herrschaftsstrukturen verhandelt. Eine intersektionale Perspektive, wie sie die Autorinnen einnehmen, macht zudem die Feminisierung von Armut im Spätkapitalismus sichtbar. Trotz Betonung der Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive warnen Castro Varela und Dhawan allerdings vor der Tendenz mancher Intersektionalitätsansätze, die Kategorien Geschlecht, Klasse und „Rasse“ zu universalisieren, anstatt sie zu politisieren. Hier verweisen die Autorinnen auf noch bestehende Lücken in der postkolonialen Theorie in Bezug auf *Disability Studies* sowie den *Indigenous Studies* – Forschungsfelder, die zunehmend neue Fragestellungen zu Bio- und Körperpolitiken eröffnen sowie sich mit Dynamiken der Rassifizierung und Migration auseinandersetzen. So umfassend die zweite Auflage insgesamt ist, bleiben gerade diese wichtigen Einblicke der *Indigenous Studies* unberücksichtigt: Diskurse um die Bedeutung von Land aus dem Kontext von indigenem Aktivismus und Widerstand in postkolonialer Theorie bleiben marginalisiert. Darüber hinaus schreibt die fehlende Berücksichtigung indigener Bevölkerungen in Diskursen über Multikulturalismus, Migration und Hybridität die Normalisierung von Gewalt in Siedlerkolonien fort.

Die um 100 Seiten stärkere Zweit-Auflage des Werks bietet eine umfassende und aktuelle Darstellung von Saids, Spivaks und Bhabas Werken, die nicht zuletzt durch den Dialog mit ihren Kritiker_innen an Tiefe gewinnt. Daher bleibt „Postkoloniale Theorie“ ein wichtiges deutschsprachiges, ausführliches und differenziertes Werk für Einsteiger_innen in die postkoloniale Theorie sowie für Wissenschaftler_innen, politisch Aktive und Interessierte, die sich bereits umgehend mit dem heterogenen und ambivalenten Feld der postkolonialen Studien auseinandergesetzt haben.

María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung. 2. Auflage. Bielefeld: transcript. 269 S., ISBN 978-3-8376-1148-9.

Brigitte Bargetz, Gundula Ludwig, Birgit Sauer (Hg.)

Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault

INGA NÜTHEN

Michel Foucault zählt zu den Denker*innen, auf deren Arbeiten feministische und queere Autor*innen vielfach Bezug nehmen. Sein Konzept der Gouvernementalität wird dabei häufig herangezogen, um die spezifische Herrschaftskonstellation moderner westlicher Staatlichkeit, die Regierung und das Regiert-Werden im (Neo-)Liberalismus zu fassen. Foucault selbst hat Geschlecht bzw. Geschlechterverhältnisse in seinem Werk nur implizit thematisiert. Darin sind sich die Autor*innen des von *Brigitte Bargetz, Gundula Ludwig und Birgit Sauer* herausgegebenen Sammelbands *Gouvernementalität und Geschlecht* größtenteils einig. Aus diesem Grund fragen sie, wie feministische politische Theorie an Foucaults Vorlesungen zu Gouvernementalität aus den Jahren 1978/79 anschließen kann. Die Beiträge des Sammelbandes richten den Blick auf vergeschlechtlichte Regierungskunst, indem sie das von Foucault nur implizit Thematisierte entlang zentraler Begriffe herausarbeiten – vor allem auch im Rückgriff auf seine früheren Arbeiten.

Foucaults Erweiterung seines Machtverständnisses in den Gouvernementalitätsvorlesungen führt neue Konzepte und Begrifflichkeiten wie Sicherheit(sdispositiv), Normalisierung, Regierung und Selbsttechnologien ein, mit denen Foucault die moderne Kunst des Regierens ergründet. Eine der Ausgangsthesen der Herausgeberinnen ist, dass diese im Grunde eine patriarchale Regierungstechnik darstellt und die Bevölkerung erst durch Prozesse geschlechtlicher Subjektkonstitution insgesamt regiert werden kann. Sie wollen den Blick darauf lenken, dass sich „die historisch-spezifische Rationalität des Staates durch in Praxen gelebte androzentristische, heteronormative, rassistische, kapitalistische und *ability*-zentrierte Gouvernementalität“ (22) begründet. Diskutiert und geschlechtertheoretisch erweitert werden Foucaults Konzepte von Macht, Staat und Regieren, Wissen, Gouvernementalität, Sicherheit, Subjekt und Bevölkerung, Kritik und Widerstand.

Die Herausgeberinnen definieren in ihrer Einleitung Dimensionen einer feministischen politischen Theorie, die davon ausgeht, dass Geschlecht ein Effekt machtvoller Konstruktionsprozesse und „als solches konstitutiv in die politische Ordnung moderner westlicher Gesellschaften eingeschrieben ist“ (15): Geschlecht wird als Konstruktion verstanden, die die Gesellschaft in einer spezifischen Weise ordnet und diese Ordnung naturalisiert; Subjekte werden als durch Geschlecht – verwoben mit *ability*, *race*, Klasse und Sexualität – geformt definiert und feministische Theoriebildung als kritische Hinterfragung herrschender Wissensformen und deren Produktionsbedingungen bestimmt. Dies ist der vielversprechende Rahmen für ein feministisches Re-Reading zentraler Begriffe aus Foucaults Gouvernementalitäts-

vorlesungen. Exemplarisch lässt sich dieses – durchaus nicht einheitliche – erweiternde Neu- und Wiederlesen anhand einzelner Beiträge vorstellen:

Isabel Lorey analysiert in ihrem Text „Das Gefüge der Macht“ die Entwicklung von Foucaults Machtverständnis und arbeitet dabei gerade die Bedeutung von geschlechtertheoretischen Aspekten in Foucaults Spätwerk heraus, anstatt nach geschlechtsblinden Stellen zu suchen. In ihrer Genealogie seiner Machtanalyse betont sie die zentrale Bedeutung des Sexualitätsdispositivs für sein Verständnis von Biomacht und Biopolitik und die Rolle der bürgerlichen Familie für die Herausbildung von Gouvernamentalität. Die Auseinandersetzung mit der rassifizierten, sexualisierten, vergeschlechtlichten und klassisierten Dynamik von Normalisierung liest sie als im Verlauf von Foucaults Arbeiten immer stärker werdende Antriebsfeder.

Birgit Sauer zieht in ihrem Beitrag „Feministische Staatskonzeptionen als Digestive: Staat im Spätwerk Foucaults“ Foucaults Überlegungen zum Staat für eine Präzisierung feministischer Staatstheorie heran. Hierfür führt sie überzeugend aus, welche Aspekte Foucaults Staatssicht attraktiv und anschlussfähig für feministisches Denken zum Staat machen – wie beispielsweise die Rolle von Körperlichkeit für Foucaults Staatsverständnis oder sein Verständnis von Führung durch Steuerung der Subjektbildung. Zugleich verweist sie auf Leerstellen in Foucaults Arbeiten – Staatsapparat, Gewalt, Arbeitsteilung und Abhängigkeit – und schlägt vor, diese durch feministisch-materialistische Arbeiten zu füllen.

Katrin Meyer untersucht in ihrem Text „Gouvernementale Sicherheit, vergeschlechtlichte Risiken und das feministische Potenzial geteilter Sorge“ die vergeschlechtlichten Dimensionen gouvernementaler Sicherheit. Anhand von vier Aspekten der gouvernementalen Bearbeitung der Zukunft präzisiert Meyer Foucaults Konzeption gouvernementaler Sicherheit, um diese anschließend geschlechtertheoretisch kritisch unter die Lupe zu nehmen. Sie diskutiert darüber hinaus die Praxis geteilter Sorge als radikal-demokratische Auseinandersetzung über Sinn und Bedeutung von Sicherheit und konzeptioniert demokratische Partizipation in – transformatorischer Absicht – als Form von Sicherheit.

In ihrem Beitrag „Kritik und Widerstand – Erfindungsarbeit an den Grenzen unserer Gewissheiten“ untersucht *Hanna Meißner* Foucaults Entwurf einer Haltung der Kritik als Grenzhaltung. Sie arbeitet ein Verständnis von Kritik heraus, das Anschlussstellen für feministisches Grenzgänger*innentum bietet und Kontingenz betont, ohne in Beliebigkeit oder einer Normativität der Flexibilisierung zu verfallen.

In weiteren Beiträgen werden Fragen zur Sexualität als wichtige Antriebskraft von Foucaults Gouvernamentalitätsvorlesungen vorgestellt (*Alex Demirović*), die Rolle von Geschlechterwissen für Foucaults gouvernementalitätstheoretische Arbeiten betont (*Ina Kerner* und *Martin Saar*), die Vergeschlechtlichung der KörperSubjekte als Bedingung für deren Regierbarkeit herausgearbeitet (*Gundula Ludwig*) und die Zentralität von Psyche/Psychopolitik für (Selbst-)Regierung und Ermächtigung der Subjekte betont (*Alexandra Rau*).

Der Band arbeitet überzeugend geschlechtertheoretische Anschlussstellen in Foucaults Spätwerk und deren Potenziale für feministische Theorie heraus. Dabei werden wichtige theoretische Leerstellen aufgedeckt und bearbeitet sowie spannende Diskussionsanstöße geliefert. Gerade der Rekurs auf ältere Werke Foucaults legt Potenziale für eine geschlechtertheoretische Interpretation der Geschichte der Gouvernementalität frei.

Insgesamt stellt der Sammelband ein gutes Handwerkszeug für geschlechtertheoretisches Arbeiten mit Foucaults Vorlesungen zur Gouvernementalität bereit und sei nicht nur all jenen empfohlen, die gouvernementalitätstheoretische Geschlechterforschung betreiben. Die einzelnen Beiträge können dabei für sich alleine stehen, geben sie doch jeweils eine Einführung in zentrale Konzepte aus Foucaults Gouvernementalitätsvorlesungen und gehen dann ihren jeweiligen spezifischen Fragestellungen nach.

Brigitte Bargetz, Gundula Ludwig, Birgit Sauer (Hg.), 2015: *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt/Main: Campus. 232 S., ISBN 978-3-59339968-3.

Mona Motakef

Prekarisierung

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Prekarisierung, das Buzzword der 2000er Jahre, hat sich wissenschaftlich etabliert. Der gleichnamige Einführungsband von *Mona Motakef*, erschienen in der transcript-Reihe „Soziologische Themen“, ist ein Beleg dafür. Die Soziologin arbeitet den Begriff für ihre eigene Disziplin auf, blickt dabei aber auch über den Tellerrand. Auf 180 Seiten stellt sie Positionen, Argumentationen und empirische Erkenntnisse zu Prekarisierung vor, ordnet sie hinsichtlich ihres Erkenntnispotentials ein und reflektiert ihre wissens- und gesellschaftspolitischen Impulse.

In drei zentralen Abschnitten arbeitet Motakef die Prekarisierungsforschung auf. Sie steigt mit der Debatte innerhalb der Arbeits- und Industriesoziologie ein und greift hier wiederum zuerst drei zentrale Autoren aus dem französischen Diskurs auf, die weitgreifenden Einfluss auf die deutsche Forschung hatten. Die Interventionen von Robert Castel, Pierre Bourdieu und Luc Boltanski werden in ihrer Argumentation rekonstruiert und anschließend auf ihre Rezeption und Wirkung auf die Prekarisierungsdebatten in Deutschland hin diskutiert. Interessanterweise werden alle nachfolgenden Diskussionen und Forschungslinien entlang inhaltlicher Logiken, nicht nach

Personen aufgearbeitet. Dies gilt sowohl für die Arbeits- und Industriesoziologie als auch die Geschlechterforschung, der der zweite große inhaltliche Abschnitt gewidmet ist.

Seinem Anspruch eine Einführung zu liefern, wird das Buch systematisch gerecht: So holt auch der Abschnitt zur Geschlechterforschung weiter aus und bettet die Prekarisierungsforschung in diesem Feld in Grundbegriffe der Geschlechtertheorie – zugeschnitten auf das Thema – ein. Motakef erläutert, was es bedeutet, Geschlecht als Strukturkategorie, als Prozesskategorie sowie unter einer intersektionellen Perspektive zu denken. Auf diesen theoretischen Grundlagen aufbauend erläutert sie verschiedene Dimensionen von Prekarisierung aus geschlechterforschender Sicht. Neben dem Blick auf Dynamiken in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und dem Feld von Arbeit insgesamt kommen dabei auch Prekarisierungstendenzen in den Geschlechternormen zur Sprache.

Im dritten inhaltlichen Abschnitt führt Motakef schließlich in postoperaistische Ansätze und deren Konzepte und Diskussionslinien ein. Hier finden sich die aktivistischen Bezüge aus dem Umfeld postmarxistischer Debatten, unter anderem die konzeptionell zentralen Beiträge der Gruppe *Precarias a la deriva* oder das Konzept der immateriellen Arbeit. Im Resümee des Bandes führt die Autorin offene Baustellen im Forschungsfeld und Politiken der Entprekarisierung zusammen. Systematisch lädt sie mit konstruktiven Fragen zum Weiterdenken entlang von Leerstellen und Bruchlinien ein.

Motakef legt einen stringenten Einstieg in die Prekarisierungsdebatten vor. Als Einführung zeichnet die Arbeit insbesondere ihre wissenstheoretische Reflexion aus: So macht die Autorin immer wieder kenntlich, aus welcher Perspektive gesprochen wird, wie Auslassungen und Verhältnissetzungen innerhalb von wissenschaftlicher Wissensproduktion Wissensformen strukturieren. Gleichzeitig wirft der Aufbau des Buches gerade vor diesem Hintergrund eine Frage auf: Reproduziert Motakef nicht gerade durch die personalisierte Darstellung der französischen Forschung und der Hintanstellung postkolonialer, aktivistischer Perspektiven jene Hierarchisierung und Hegemonialisierung von Wissen, die sie eigentlich durchgängig über die Benennung von Leerstellen in der Forschung kritisiert? Mitunter werden insbesondere auch die Perspektiven der Geschlechterforschung primär über Themen und Forschungsergebnisse aufgerollt, explizit als Theoriebildung werden fast nur die französischen soziologischen Impulse ausgewiesen. Die Verhältnissetzung empirischer Ergebnisse und theoretischer Rahmungen bleibt so etwas unscharf.

Gleichwohl greift die Literatúrauswahl und -einbettung über die unmittelbare Konzeptgeschichte hinaus, sodass Prekarisierung in den Traditionen der Ungleichheitssoziologie und Arbeitssoziologie weiterreichend verortet wird. Motakef bietet auch darüber eine gute, den Blick öffnende und zum Nachlesen auffordernde Orientierung im Forschungsfeld.

Weiterführende Perspektiven verortet Motakef in Impulsen jenseits des Eurozentrismus am Ende des Bandes. So, wie die Geschichte der Prekarisierung(sforschung)

hier erzählt wird, erscheinen diese tatsächlich als weiterführend. Alternativ könnte dieser Forschungszweig auch ausgehend von solchen Perspektiven aufgearbeitet werden, schließlich entstanden zentrale theoretische, politische wie empirische Beiträge doch gerade in diesen marginalisierten Räumen.

Insgesamt kann sich über die Lektüre dieses Buches ein vielschichtiges Verständnis von Prekarisierung entfalten. Konstruktiv ist insbesondere die Verknüpfung verschiedener thematischer Felder, die zeigen, wie weit ausgreifend und damit auch systemrelevant Prekarisierungstendenzen sind. Insgesamt bietet der Band also einen umfangreichen und wissenschaftlich spannenden Zugang zur Prekarisierungsforschung, der in seinem umsichtig einführenden Charakter besonders für Studierende geeignet ist.

Mona Motakef, 2015: Prekarisierung. Bielefeld: transcript. 184 S., ISBN: 978-3-8376-2566-0.

Gabriele Winker

Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft

MEIKE BRÜCKNER

Gabriele Winker eröffnet ihr Buch *Care-Revolution* mit einem Wunsch: für sich und seine Mitmenschen Sorge tragen zu können und selbst Sorge zu erfahren. Damit thematisiert sie ein akutes Problem unserer Zeit: Sorge kommt zu kurz in einer Gesellschaft, in der die Produktion von Waren und das ökonomische Wachstum zunehmen, gleichwohl aber auch die Belastungen für das Individuum am Arbeitsplatz, in prekärer Erwerbslosigkeit oder im Privaten steigen. Zeit für Sorgebeziehungen verknappt sich und Menschen fühlen sich abgehängt vom neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken.

Die Autorin setzt sich mit dem Dilemma um Sorge und Selbstsorge in Deutschland auseinander und beleuchtet die Care-Revolution in sieben Kapiteln aus theoretischer und empirischer Perspektive. Einleitend geht Winker dem Begriff der Sorgearbeit und seinem gesellschaftlichen Stellenwert nach und stellt fest, dass die Verantwortung für eine gelingende Sorgearbeit, die „zweite Arbeitsschicht“ (159), immer mehr auf das Individuum, vor allem auf Frauen abgewälzt wird. Deren Arbeitspensum nimmt durch die parallel ansteigende Frauenerwerbsquote zu, denn die anvisierte geschlechtliche Gleichverteilung reproduktiver Arbeit ist noch immer nicht Realität. Gründe für die stärker werdende Arbeitsverdichtung in der Sozialen Reproduktion findet Winker in der neoliberalen Umstrukturierung der Sozialpolitik, was anhand

der Entwicklungen in der Familien- und Pflegepolitik detailliert und kritisch dargestellt wird. Winker verdeutlicht, dass sich nicht nur die Sorge um Familie und FreundInnen in der Krise befindet, sondern ebenso die, die entlohnt getan wird – die Care-Arbeit der ErzieherInnen, der Pflegekräfte oder der Beschäftigten in Haushalten. Das Erschreckende in diesen Berufsfeldern ist bekannt, wird aber noch einmal systematisch dargestellt: Unterbezahlung, hohe Arbeitsbelastung, geringe Anerkennung. Auch hier ist die duale Geschlechterordnung sichtbar, denn meist ist diese Arbeit weiblich konnotiert. Weiter werden „Global Care Chains“ thematisiert: Die Ethnisierung von Haushaltsarbeit, die das Funktionieren unserer hiesigen Ökonomie sichert, indem sie von migrantischen Arbeiterinnen übernommen wird. Ferner konstatiert Winker eine „Zerstörung des Sozialen“ (71), denn durch hohe Flexibilitätsanforderungen und Sorgeverpflichtungen sowie lange Arbeitszeiten werden soziale Beziehungen gefährdet. Ursächlich dafür sei die begrenzte Zeit soziale Netzwerke aufzubauen oder Beziehungen innerhalb der Familie oder im Freundeskreis ausreichend zu pflegen.

Doch woher rührt die Krise in der Sorgearbeit? Als einen Grund benennt Winker die vorherrschende Kostensenkungspolitik. Paradox ist hierbei, dass Sozialsystemleistungen in Bereichen Gesundheit, Erziehung oder Bildung gekürzt werden, obwohl genau diese Bereiche sicherstellen könnten, dass heutige und zukünftige Arbeitskraft einsatzfähig ist. Die Autorin legt dar, dass es nur schwer möglich ist, Care-Tätigkeiten effizienter oder schneller zu gestalten, schließlich basieren sie auf Zuneigung, Emotionen und zwischenmenschlicher Interaktion. Folglich können Einsparungen nur auf Kosten von Qualitätsverlust für Versorgte und Beschäftigte vorgenommen werden. Diese Missstände führen zu einer Krisensituation. Gleichwohl rücken sie eine rahmende Hauptfrage Winkers ins Bild: Wie sieht das gute Leben aus? Können Menschen ihren Wünschen und Zielen für ein sinnvolles Leben mit gelingenden Sorgebeziehungen nachgehen?

Ausgehend vom Zustand der Krise und vor dem Hintergrund feministischer Ökonomiekritik entwickelt Winker Lösungswege jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik. Winker schreibt gegen eine „Entthematization von Care-Arbeit“ (52) an, mit dem Ziel solidarische Gesellschaftsstrukturen aufzubauen in einer Ökonomie, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und Pflege als gesellschaftlich notwendige Aufgabe ansieht. Die Verfügbarkeit von Zeit, einer sozialen Infrastruktur für alle und die Erweiterung des Arbeitsbegriffs sieht Winker als zentrale Elemente auf diesem Weg sowie den Willen gewohnte Deutungsmuster in Frage zu stellen. Eine Demokratisierung des Care-Bereichs sei wichtig, genauso wie die Vernetzung von Care-Initiativen, um Kräfte zu bündeln. Erste Schritte in diese Richtung wurden durch die „Aktionskonferenz 2014 Care Revolution“ getätigt. Weitere kleine und große Schritte können dazu beitragen, Widerstandspraxen zu einer sozialen Bewegung zu formieren.

Insgesamt bietet das Buch einen hervorragenden Einblick in politökonomische Zusammenhänge, in denen die Krise begründet liegt, ebenso wie einen sorgfältig zu-

sammengestellten Überblick an empirischen Befunden. Auch wenn Winker meiner Ansicht nach gerade bei den konkreten Ansätzen, wie eine Transformation stattfinden kann, hin und wieder hinter selbst gesteckten Ansprüchen zurückbleibt, gelingt ihr ein grundlegender Schritt, um Ideen für einen Veränderungsprozess anzustoßen. Sie denkt diesen in die Gesellschaft hinein und benennt Utopien immer mit der Prämisse der sozialen Teilhabe aller, um in Zukunft tatsächlich ausreichend Ressourcen für (Selbst-)Sorge zu haben.

Gabriele Winker, 2015: Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag, 208 Seiten, ISBN 978-3-8376-3040

Hanna Hacker

Frauen* und Freund_innen. Lesarten „weiblicher Homosexualität“. Österreich, 1870-1938

BARBARA KRAML

Der reformulierte Titel der ersten und nun neu aufgelegten umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung historischer Anfänge der Figur der ‚lesbischen Frau‘ in Österreich, „*Frauen* und Freund_innen. Lesarten ‚weiblicher Homosexualität‘. Österreich, 1870-1928*“, verspricht weniger Eindeutigkeit und mehr Dekonstruktion, weniger Apodiktik und mehr Raum für Zwischentöne und lila Graustufen. Darin kommt der Anspruch der Autorin*, die Neuauflage ihres bereits seit den 1990er-Jahren vergriffenen Buches um eine kritische Relektüre der Erstpublikation (1987) zu erweitern, treffend zum Ausdruck: *Hanna Hacker*, Soziologin* und Historikerin* mit Forschungsschwerpunkt auf feministischen und queeren Zugängen in den Cultural und Postcolonial Studies, konfrontiert ihre – im doppelten Sinne historischen – Forschungsergebnisse fruchtbringend und komplexitätserhöhend mit aktuellen theoretischen Positionen.

Das Buch beschäftigt sich mit Vorstellungen von weiblicher Homosexualität ab etwa 1870 bis 1938 in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und nachfolgend in der ersten Republik. Dazu werden historisch-konkrete Ausprägungen, Modifikationen und Rezeptionen dieser Konstruktionen in wissenschaftlichen, justiziellen, populären und künstlerischen Diskursen sowie innerhalb einer langsam entstehenden ‚Szene‘ aufgespürt und herausgearbeitet. Fünf Kapitel behandeln ein umfassendes Spektrum des Themas: Die wissenschaftliche Systematisierung weiblicher Konträr- bzw. Homosexualität im Zeitverlauf, unterschiedliche Dimensionen von Bindungen zwischen Frauen* bis Beginn des 20. Jahrhunderts, homosexuelle und frauen*politische Deu-

tungen und Strategien zum Kriegsgeschehen zwischen 1914 und 1918, die Entstehung ‚lesbischer‘ Kollektivität nach 1918 und die Einbettung frauen*bewegter und weiblich-homosexueller Zusammenhänge in Gender- und Sexualitätsregime, die sich im Kontext beginnender Emanzipation sowie aufkommender Faschismen verändern. Während die Autorin* in der Neuauflage nur geringfügig in den ursprünglichen Text der Kapitel interveniert, sind diesen sowie der Einleitung jeweils neu verfasste Relektüre-Abschnitte vorangestellt. Im Zuge dieser Relektüren aktualisiert Hacker den Stand der Forschung und reflektiert das Potenzial, die Grenzen und die gegenwärtige Verortung ihrer Mitte der 1980er-Jahre erstmals publizierten Forschungsergebnisse. Den Reflexionsrahmen bilden queertheoretische, postkoloniale, antirassistische und intersektionale Perspektiven sowie ein postmodernes Historiografieverständnis, das von der Unmöglichkeit eines objektiven Beschreibens ‚wirklicher‘ Geschichte ausgeht. Vor diesem Hintergrund wird manche konzeptuelle Unschärfe in der ursprünglichen analytischen Annäherung an Vorstellungen von weiblicher Homosexualität sichtbar und manches vormals eindeutige Postulat brüchig. Zugleich öffnet sich der forschende Blick für komplexe (Selbst-)Positionierungen von Frauen* abseits von Geschlecht und Sexualität als sozialen Ordnungskategorien und für die Verwobenheit von Geschlechts- und Sexualitätsregimen mit kolonialen, rassistischen, klassistischen und ableistischen Herrschaftsverhältnissen.

Dass Hackers Monografie eine klaffende Forschungslücke schließt und ein auf breiter Quellenbasis erarbeitetes Pionier*innenwerk zur Aufarbeitung weiblicher Homosexualitätsgeschichte(n) in Österreich darstellt, ist bereits seit der Erstauflage unbestritten. Dasselbe gilt für die vormals angezweifelte historische Existenz des Forschungsgegenstandes, frauen*liebende Frauen*. Der Mehrwert der Neuauflage lässt sich in den Relektüre-Abschnitten lokalisieren: Sie bieten einerseits einen kompakten Überblick über neuere Forschungsbefunde (z.B. betreffend feministische Auto-/Biografien oder die NS-Verfolgung lesbischer Frauen*) sowie über die verbesserte Zugänglichkeit relevanter historischer Quellen. Andererseits eröffnet sich mit der theoriebezogenen Neueinschätzung der Erkenntnisse eine inspirierende interdisziplinäre Fundgrube für weiterführende bzw. zu modifizierende Fragestellungen; so ist etwa kaum erforscht, was das bis 1971 bestehende Totalverbot gleichgeschlechtlicher Sexualkontakte für die Lebenswelten der betroffenen Frauen* bedeutete. Zudem ist die Relektüre ein gelungenes Beispiel für einen kritisch-wertschätzenden Umgang mit vorgängigen (eigenen und fremden) Texten und für eine wissenschaftliche Praxis, die die historisch-konkrete Situiertheit von Wissensproduktion ernst nimmt. Hackers Beschäftigung mit Frauen* und Freund_innen ist – nach der Anreicherung um aktuelle Theoriedebatten umso mehr – ein äußerst lesenswertes Standardwerk zu den vielgestaltigen Kultur- und Sozialgeschichten weiblicher Homosexualität in Österreich; eine anregende Verkomplizierung der Verhältnisse im besten Sinne.

Hanna Hacker, 2015: Frauen* und Freund_innen. Lesarten „weiblicher Homosexualität“. Österreich, 1870-1938. Wien: Zaglossus. 504 S., ISBN 978-3-902902-34-4.

Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.)

Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen

STEFANIE MAYER

Sabine Hark und *Paula-Irene Villa* legen mit diesem Sammelband die erste umfassende Publikation zu den aktuellen Auseinandersetzungen um die als „Genderismus“, „Gender-Ideologie“ oder „Genderwahn“ verunglimpften Geschlechter- und Sexualitätspolitiken im deutschsprachigen Raum vor. Im Fokus dieser Angriffe stehen Gleichstellungspolitiken und Gender Mainstreaming, liberale Sexualpolitiken, die rechtliche Gleichstellung von LGBTIQ-Personen, Sexualerziehung an Schulen und nicht zuletzt die Gender Studies, die als „unwissenschaftlich“ und „ideologisch“ abgelehnt werden. Ebenso unterschiedlich wie die Themen, die unter dem Label „Genderismus“ subsumiert werden, sind auch die Akteur_innen, die sich dagegen engagieren – u.a. Teile der katholischen und evangelischen Kirchen, christliche Fundamentalist_innen sowie Vertreter_innen ganz unterschiedlicher konservativer bis rechter und rechtsextremer politischer Strömungen. Die im vorliegenden Band versammelten Analysen betrachten diese komplexe Gemengelage aus unterschiedlichen Perspektiven und schlagen dementsprechend unterschiedliche Rahmungen vor.

Eine mögliche Annäherung sieht „Anti-Genderismus“ als Versuch, brüchig gewordene „Selbstverständlichkeiten“ zu restabilisieren – wobei diese neue Brüchigkeit *auch* als Folge der Entwicklung anti-essentialistischer Vorstellungen von Geschlecht und als Effekt feministischer Infragestellung traditioneller Geschlechterordnungen verstanden wird. Durchaus provokant formulieren die Herausgeberinnen bereits in der Einleitung, dass der „Anti-Genderismus“ „im Kern verstanden [hat], wofür der Begriff Gender steht“ (8) – nämlich für ein post-essentialistisches Verständnis von Geschlecht, das sich gegen Festschreibungen qua Naturalisierung wendet. In ihrem Beitrag zu den Angriffen auf die Gender Studies vertiefen Hark und Villa dieses Argument, das auch bei *Andrea Maihofer* und *Franziska Schutzbach* anklingt, die am Beispiel der Schweiz die Verschiebungen von antifeministischen zu „anti-genderistischen“ Diskursen analysieren. Die Autorinnen zeigen auf, dass gerade der positive Bezug auf einen notwendigen, jedoch vergangenen Feminismus einen Bestandteil aktueller Angriffe auf Gleichstellungspolitiken bildet.

Christine Wimbauer, *Mona Motakef* und *Julia Teschlade* verorten die Ursachen von „Anti-Genderismus“ im Kontext umfassender, alle Lebensbereiche betreffender Prekarisierungsprozesse. Vergleichbar analysiert *Imke Schmincke* die Proteste als Reaktionen auf sozialen Wandel und insbesondere auf die Infragestellung der „kulturelle[n] Hegemonie“ (101) der heterosexuellen Familie. Sie arbeitet in ihrem Beitrag insbesondere die Funktionen der „Chiffre Kind“ heraus, in der sich rationale und irrationale Elemente „anti-genderistischer“ Diskurse bündeln und mittels

derer die „Macht der Unschuld“ (102) mobilisiert werden kann. Diese Chiffre spielt auch für die von *Kathrin Kämpf* analysierte Anrufung der Kategorie Pädophilie eine zentrale Rolle, die einerseits „Anschlussfähigkeit an Mainstreamdiskurse“ produziert und andererseits Pädophilie als „limit case‘ sexueller Citizenship“ aufruft, das heißt eine Argumentationslogik bedient, wonach „wer Homosexualität normalisieren wolle, über kurz oder lang auch nicht umhin käme, auch Pädophilie zu normalisieren“ (119). Rhetorische Bezüge auf die DDR bzw. den Kommunismus stehen im Mittelpunkt des Beitrags von *Kathleen Heft*, die damit den „anti-genderistischen“ Diskurs auch als nostalgisches Projekt einordnen kann, in dem die Sehnsucht nach der „alten“ BRD zum Ausdruck kommt.

Auf sprachliche Realisierungsformen fokussieren der Artikel von *Steffen Hermann* und der gemeinsame von *Katharina Ganz* und *Anna-Katharina Meßmer*. Hermann analysiert aus der Perspektive poststrukturalistischer Theorien den fundamentalistischen Charakter des „Anti-Genderismus“, der seiner inneren Logik nach gar nicht in der Lage ist, in demokratischen Austausch mit seinem Gegenüber zu treten. Da er „das Sprechen queerer Subjekte nicht dulden kann“ (90), ist sprachliche Gewalt – Demütigung, Kränkung, Diffamierung – dem fundamentalistischen Diskurs eingeschrieben. Ganz und Meßmer behandeln digitale Räume als Arenen „anti-genderistischer“ Politiken und verorten deren Rhetorik in unterschiedlichen Formen diffamierender Rede im Internet.

Politische und ideologische Hintergründe stehen im Zentrum von zwei weiteren Beiträgen: *Juliane Lang* befasst sich mit rechtsextremen Diskursen und kann zeigen, wie diese „Anti-Genderismus“ einerseits in ihre Ideologie der Volksgemeinschaft einpassen und andererseits nutzen, um Anschluss an den und Einfluss im Mainstream zu gewinnen. *Jasmin Siri* arbeitet demgegenüber, ausgehend von Mannheims Definition des Konservatismus, Paradoxien aktueller neokonservativer Mobilisierungen heraus, die – um sich überhaupt als Protest formieren zu können – mit zentralen Elementen der eigenen konservativen Narrative brechen müssen. Gerade die vehemente Verteidigung des ‚Natürlichen‘ macht die antimoderne Haltung als „eine Haltung neben anderen in einer pluralisierten Öffentlichkeit sichtbar und diskutierbar“ (251) und nimmt ihr damit ihre (scheinbare) Selbstverständlichkeit. Die unterschiedlichen (und dabei plausiblen) Einschätzungen, zu denen die beiden Autorinnen kommen, verdeutlichen exemplarisch, dass es sich um ein noch wenig bearbeitetes Forschungsfeld handelt.

Schließlich widmen sich mehrere Beiträge der christlichen Mobilisierung gegen „Gender“. *David Paternotte* behandelt – ausgehend von den Mobilisierungen in Frankreich – vor allem die transnationalen Elemente des katholischen „Anti-Genderismus“, *Bożena Chołuj* analysiert die spezifische Rolle der katholischen Kirche in Polen, während *Barbara Thiessen* sich den Auseinandersetzungen in evangelischen Kontexten in Deutschland widmet. Deutlich wird in diesen Beiträgen sowohl die vergleichsweise lange Geschichte des katholischen „Anti-Genderismus“, der bereits seit Mitte der 1990er Jahre in Reaktion auf die Weltfrauenkonferenzen von Beijing

und Kairo ausgearbeitet wurde, als auch seine Bedeutung als Symbol für „attempts by the Catholic Church to remain a significant political actor in a highly secularized Europe“ (143).

Der Band stellt eine gelungene und spannend zu lesende Mischung unterschiedlicher Herangehensweisen bereit, wobei es den Herausgeberinnen gelingt, Redundanzen weitgehend zu vermeiden. Die beiden Beiträge mit Bezug auf die katholische Kirche fallen allerdings aus dem generell klar im deutschsprachigen Raum verorteten Rahmen – Paternottes Plädoyer für eine transnationale Perspektive wird in keinem der anderen Beiträge aufgegriffen und auch der (für sich genommen höchst interessante) Artikel von Chołuj wirkt etwas vereinzelt. Das fällt umso stärker auf, als sich viele der anderen Beiträge in dialogischer Form lesen lassen und aufeinander bezogen werden können. Erfrischend ist nicht zuletzt der offensive eigene Umgang mit dem Begriff „Gender“, der nicht nur als wissenschaftliche Kategorie, sondern vor allem auch als Werkzeug bewusster Verunsicherung und Infragestellung verstanden (und verteidigt) wird. Ein Aspekt, der nach der Lektüre als Leerstelle zurückbleibt, ist die in mehreren Beiträgen angesprochene, aber nicht systematisch entwickelte, Verknüpfung von „anti-genderistischen“ und rassistischen, insbesondere anti-muslimischen Diskursen und Denkfiguren. Hier wäre – wie jüngst auch von Gabriele Dietze (2015) eingefordert – weitere Forschung aus intersektionaler Perspektive anzuregen.

Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.), 2015: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript. 260 S., ISBN 978-3-8376-3144-9.

Literatur

Dietze, Gabriele, 2015: *Anti-Genderismus intersektional lesen*. In: *ZfM* 13 [2], 125-127.

Christine M. Hassenstab, Sabrina P. Ramet (Hg.)

Gender (In)equality and Gender Politics in Southeastern Europe. A Question of Justice.

ROSWITHA KERSTEN-PEJANIĆ

Eine umfassende Analyse aktueller Gleichstellungspolitiken für den Raum Südosteuropas (SOE) stand bisher aus. Der Sammelband *„Gender (In)equality and Gender Politics in Southeastern Europe. A Question of Justice“* der Gender- und Südosteu-

ropaexpertinnen *Christine M. Hassenstab* und *Sabrina P. Ramet* schließt diese Lücke. Die geschlechterpolitisch so bewegte Zeit seit dem Beginn der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in den frühen 2000er Jahren wird in Länderstudien zu insgesamt neun verschiedenen Staaten Südosteuropas inhaltlich facettenreich und zugleich profund dargestellt. Darüber hinaus wird der Band durch Kapitel zu den wichtigen Themen LGBT-Rechte und Religion sowie weiteren thematischen Überblicken zur gesamten Region abgerundet.

Die Länderstudien, von denen einige ganz hervorragende Einführungen und detaillierte Schilderungen der spezifischen Probleme einzelner südosteuropäischer Staaten bieten, befassen sich mit Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien, dem Kosovo, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Durch ihre unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte bieten sie in ihrer Gesamtheit einen sowohl breiten als auch differenzierten Einblick in die regionalen Gemeinsamkeiten und nationalen Eigenheiten politischer Gleichstellungsfragen im südosteuropäischen Raum. Die wichtigste Gemeinsamkeit dieser Länder – und vor diesem Hintergrund macht die Aussparung Griechenlands zwar Sinn, nicht jedoch die von Montenegro – ist, dass es sich um postsozialistische Staaten handelt, deren politische und wirtschaftliche Systeme in den letzten Jahrzehnten eine umfassende Transformationszeit durchlebten. Die Auswirkungen der Umbrüche dieser Zeit auf Fragen der Geschlechtergleichstellung beurteilen die Autorinnen mehrheitlich negativ. Dies sei insbesondere dem auch aus anderen postsozialistischen Kontexten bekannten rigiden Abbau öffentlicher Versorgungsleistungen, einem unsicheren Arbeitsmarkt und dem gleichzeitigen Erstarken restriktiver, zumeist religiöser, Diskurse zu Themen wie Abtreibung, Mutterschaft und Sexualität geschuldet. *Ana Kralj* und *Tanja Rener* fassen die Auswirkungen als einen „pronounced backlash“ (43) in einer „misogynist atmosphere“ (49) zusammen.

Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit ist die Annäherung an die EU, die den einzelnen Staaten eine gleichstellungspolitisch aktive Phase der Übernahme entsprechender Vorgaben aus Brüssel gebracht hat. In der Evaluation dieser institutionellen Genderpolitik in Form von Gesetzen und staatlichen Gleichstellungsinstitutionen findet sich jedoch mit dem von *Jill A. Irvine* und *Leda Sutlović* benannten „compliance gap“ (68) ebenfalls ein deutlicher Konsens zwischen den Autorinnen, was die Lücke zwischen gesetzlichen Vorgaben und tatsächlicher Implementierung angeht. Oder, wie *Mileva Gjurowska* konstatiert: „the gap between the normative and the actual is wide“ (144). *Hilde Katrine Haug* betont zudem „a lack of trust in the rule of law“ (164). Dies geht einher mit einer insbesondere von *Marsela Dauti* und *Eglantina Gjermeni* detailliert analysierten fehlenden politischen Partizipation von Frauen, die gleichzeitig Effekt und Ursache der den Alltag prägenden Geschlechterstereotypen ist.

In sämtlichen Studien wird die neu erstarkte Religiosität als eine Hauptursache für die aktuelle Verfestigung von Geschlechterstereotypen verdeutlicht, weshalb *Olivera Simić* Feminist_innen einen offensiveren Umgang mit Religion und ein direktes Zu-

gehen auf Vertreter_innen der religiösen Gemeinschaften vorschlägt (103). *Daša Duhaček* verdeutlicht, dass es neben den religiösen vor allem die nationalistischen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sind, die eine heteronormative Gesellschaftsordnung zementieren und mit aller Kraft verteidigen. Insgesamt sind Fragen der Geschlechtergleichstellung in SOE durch zahlreiche Ambiguitäten geprägt, wie insbesondere *Jill Massino* und *Raluca Maria Popa* verdeutlichen, da trotz der jahrzehntelangen Prägung durch den Sozialismus und die aktuellen EU-Vorgaben vielfach konservative Vorstellungen von Geschlechterrollen diskursbildend sind. Gleichzeitig hat dieses Diskursgemenge in vielen Ländern eine besonders aktive und gut vernetzte „gender equality scene“ (193) hervorgebracht, wie unter anderem *Mariya Stoilova* zu Recht betont.

Die weiteren, nach inhaltlichen Fragen organisierten Beiträge bieten ergänzende Analysen, insbesondere zu den in den Länderstudien nur vereinzelt erwähnten Rechten sexueller Minderheiten (*Slavcho Dimitrov* und *Roman Kuhar*), zu allgemeinen Fragen der sexuellen Selbstbestimmung (*Rada Drezgić*) und zum emanzipatorischen Potenzial von religiöser Zugehörigkeit für Frauen (*Alenka Bartulović*). Die drei komparativen Beiträge zu Fragen der Genderstatistik (*Katalin Fábrián*), zum Umgang mit Geschlechterrollen in SOE gegenüber anderen europäischen Staaten (*Kristen Ringdal*) und in einer komparativen Analyse der verschiedenen Staaten des Westbalkans untereinander (*Albert Simkus*) vervollständigen die äußerst dichten und informativen Beiträge dieses Bandes um eine regionale Überblicksperspektive. Die Einleitung von Hassenstab und die Zusammenfassung von Ramet verschaffen den verschiedenen Einzeldarstellungen und Fallstudien einen zusätzlichen analytischen Rahmen. Insgesamt ist dieser Sammelband sowohl als Einführung als auch zur Vervollständigung der fachlichen Auseinandersetzung rund um Genderfragen in SOE absolut empfehlenswert.

Christine M. Hassenstab, Sabrina P. Ramet (Hg.), 2015: *Gender (In)equality and Gender Politics in Southeastern Europe. A Question of Justice*. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan. 380 S., ISBN 978-0-230-23917-3.